

# Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013

Das Projekt wurde unterstützt von



Den Auftrag für zusätzliche Fragen und den Bericht erteilte



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlamentsdirektion

**Projekttitle:** Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013

**Projektleitung:** Sylvia Kritzinger und Eva Zeglovits

**Projektlaufzeit:** März 2013 bis Dezember 2013

**Autorinnen:** Sylvia Kritzinger, Eva Zeglovits, Patricia Oberluggauer

**Dieser Bericht kann zitiert werden als**

Kritzinger, Sylvia, Zeglovits, Eva und Oberluggauer, Patricia (2013): Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013. Wien

## Inhaltsverzeichnis

1. Ziele der Studie.....	4
2. Studiendesign .....	6
3. Beschreibung der Stichprobe .....	8
4. Vorbereitung auf die Wahl.....	11
4.1 Familie.....	11
4.2 Schule .....	12
4.3 Außerschulische Aktivitäten und FreundInnen.....	15
5. Wie ErstwählerInnen das Parlament wahrnehmen.....	18
6. Ready to Vote? Wie gut ErstwählerInnen auf die Wahlen vorbereitet waren .....	22
6.1. Tatsächliches Wissen (Quizergebnisse).....	22
6.2. Selbsteinschätzung: Politisches Wissen.....	24
6.3. Politische Wirksamkeitwahrnehmung .....	26
6.4. Politisches Interesse.....	27
7. Wahlteilnahme .....	30
8. Wahlentscheidung.....	34
9. Zusammenfassung .....	36
10. Referenzen .....	38

## 1. Ziele der Studie

In Österreich hat die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre die Aufmerksamkeit von Politik, Medien und Öffentlichkeit auf die jüngsten WählerInnen gelenkt. Österreich nimmt diesbezüglich eine Vorreiterrolle ein; Weltweit gibt es nur vereinzelt Länder, in denen 16-jährige bei allen bundesweiten Wahlen und Abstimmungen teilnehmen dürfen. Manche Länder diskutieren die Wahlaltersenkung, oder führen sie in kleinen Schritten ein: In Argentinien etwa wurde das Wahlrecht für 16-jährige kürzlich eingeführt; Norwegen experimentierte mit Probeläufen bei Gemeinderatswahlen; Schottland hat das Wahlalter für das Unabhängigkeitsreferendum im September 2014 auf 16 Jahre gesenkt. In Großbritannien und Dänemark gibt es seit Jahren heftige Debatten um eine Wahlaltersenkung, in der bis dato die GegnerInnen die Oberhand bewahrten. Viele Länder, in denen über eine Wahlaltersenkung diskutiert wurde bzw. wird, blicken nach Österreich, um von den bereits gemachten Erfahrungen lernen und profitieren zu können.

Der Skepsis der GegnerInnen der Wahlaltersenkung beruht zumeist auf dem dokumentierten mangelnden politischen Interesse und geringerem politischen Wissen von Teenagern. Daraus leitet sich die Befürchtung ab, dass 16- und 17-jährige entweder nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen oder aber eine schlecht informierte Wahl treffen könnten (Chan und Clayton 2006, Electoral Commission 2004). Die BefürworterInnen der Wahlaltersenkung wiederum erhoffen sich eine bessere Vertretung der Interessen junger Menschen (Council of Europe 2011). Des Weiteren wird argumentiert, dass die Tatsache, dass 16- und 17-jährige in einem hohen Ausmaß nachwievor im Elternhaus wohnen und die Schule besuchen, eine bessere politische Vorbereitung zu den Wahlen ermöglicht, was hohe Beteiligungsraten und gut informierte Wahlentscheidungen erleichtert (Franklin 2004).

Die bisherigen Ergebnisse für Österreich, die sich sowohl auf Landtagswahlen, die Nationalratswahl 2008 als auch die Europawahl 2009 bezogen, weisen darauf hin, dass die Argumente der BefürworterInnen der Wahlaltersenkung eher zutreffen: Es konnte gezeigt werden, dass das Interesse von 16- und 17-jährigen an Politik nach der Wahlaltersenkung höher war als zuvor (Zeglovits und Zandonella 2013), und dass die jüngsten WählerInnen nicht schlechter informiert, unwissender oder unmotivierter waren als der Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung (Wagner et al. 2012). Zumindest bei den ersten Wahlen nach der Wahlaltersenkung, fühlten sich viele junge Menschen geradezu verpflichtet, nicht völlig unvorbereitet in die Wahlen zu gehen. Zudem

zeigte sich auch eine Veränderung im Informationsverhalten: Die erstmals Wahlberechtigten äußerten den Wunsch nach mehr Information, am liebsten vermittelt durch die Schule (Schwarzer und Zeglovits 2013). Begleitstudien zu den Nationalratswahlen 2008 (Perlot und Zandonella 2009, SORA et al. 2009) oder den Wiener Gemeinderatswahlen 2005 (SORA et al. 2005) ergaben auch, dass ein großer Anteil junger Menschen von weiteren Begleitmaßnahmen zur Wahlaltersenkung erreicht wurden, etwa über die „Demokratieinitiative“ oder durch die Teilnahme an „Probewahlen“ in der Schule.

Auch wenn die Teilnahmebereitschaft an Wahlen, die in Umfragen erhoben wird, bei jungen Wählern oft deutlich unter jener von älteren liegt, ist durch das Auszählen von Wählerlisten gesichert, dass die Wahlteilnahme bei den Gemeinderatswahlen in Wien 2010 und den Gemeinderatswahlen in Krems 2012 bei 16- und 17-jährigen nahe an der Gesamtbeteiligung lag. Eine geringere Wahlbeteiligung der 16- und 17-jährigen konnte somit auch nicht beobachtet werden. Interessanterweise ging aber ab einem Alter von 18 Jahren – also jenen ErstwählerInnen, die seit der Wahlrechtsreform 1992 wahlberechtigt sind – die Wahlteilnahme deutlich zurück (Zeglovits und Aichholzer im Erscheinen).

Nun gilt es zu überprüfen, ob diese Ergebnisse für die Nationalratswahl 2013 reproduziert werden können, ob sich diese demokratiepolitisch eher als positiv zu wertenden Erfahrungen auch weiter fortschreiben lassen. Der vorliegende Bericht beschreibt daher die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen von ErstwählerInnen bei der Nationalratswahl 2013. Es wird insbesondere auf die Vorbereitung auf die Wahlen in den verschiedenen Sphären politischer Sozialisation, nämlich dem Elternhaus, der Schule und bei außerschulischen Aktivitäten, eingegangen. Jenen Vorbereitungsaktivitäten, die mit dem Parlament verbunden sind, wird ein eigenes Kapitel gewidmet. Danach wird dargestellt, inwieweit ErstwählerInnen im Jahr 2013 auf die Wahlen vorbereitet waren. Zu guter Letzt wird das tatsächliche Verhalten der ErstwählerInnen bei der Wahl 2013 beschrieben: wer war wählen; und wie ist die Wahlentscheidung ausgefallen?

## 2. Studiendesign

Die Studie wurde – um Synergien zu nützen – als Aufstockung und Ergänzung der Österreichischen Nationalen Wahlstudie (AUTNES) konzipiert, genauer gesagt an das Vorwahl-Nachwahlpanel von AUTNES angehängt (AUTNES 2013, Kritzinger et al. 2013) ([www.autnes.at](http://www.autnes.at)).

Die Vorwählerhebung von AUTNES erfolgte als persönliche Befragung, basierend auf einer mehrfach geschichteten und geklumpten Haushaltsstichprobe mit Zielpersonenauswahl innerhalb des Haushaltes. Die Grundgesamtheit bildeten die Wahlberechtigten zur Nationalratswahl 2013; also jene Personen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt waren und die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Im Ausland lebende Wahlberechtigte konnten nicht berücksichtigt werden. Zu den rund 3.000 Personen der Vorwählerhebung wurden zusätzliche n=200 Personen im Alter von 16 bis inklusive 21 Jahren befragt, wobei die Zusatzstichprobe der JungwählerInnen aufgrund eines *Random Walk* Verfahrens ergänzt wurde. Die Vorwählerhebung von AUTNES erfolgte zunächst im November und Dezember 2012, und dann verstärkt zwischen April und Juni 2013. Die Zusatzstichprobe wurde ausschließlich im Zeitraum April bis Juni 2013 befragt. In Summe sind im Datensatz der Vorwählerhebung, der zur weiteren Analyse herangezogen wurde, 382 Personen zwischen 16 und unter 21 Jahren alt, also erstmals bei Nationalratswahlen in Österreich wahlberechtigt. Die Befragung wurde in den Haushalten der RespondentInnen durchgeführt und dauerte rund 45 Minuten. Für die Gruppe der ErstwählerInnen muss erwähnt werden, dass die Durchführung der Interviews im Haushalt laut Berichten der InterviewerInnen gegen den Willen der Eltern de facto nicht möglich gewesen wäre. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Stichprobe eine gewisse Verzerrung aufweist hinsichtlich dessen, wie Eltern zu Umfragen an sich und zu Politik im speziellen stehen.

Der Fragebogen umfasste das gesamte Fragenprogramm der AUTNES Vorwählerhebung, wie etwa Wahlteilnahmebereitschaft und Wahlabsicht aber auch Themenwichtigkeit und -kompetenz, politische Selbsteinstufung und Wahrnehmung der Parteipositionen bei ausgewählten Themen (einen Schwerpunkt bilden hier Wirtschaft und Immigration), politischer Zynismus, Demokratiezufriedenheit, politisches Wissen, autoritäre Einstellungen, politische Selbstwirksamkeitswahrnehmung, Partizipationsbereitschaft, Fragen nach der Bekanntheit von Abgeordneten bzw. KandidatInnen aus regionalen Wahlkreisen und die Vergabe von Vorzugsstimmen. Dieses umfangreiche Fragenprogramm enthielt bereits spezifische Fragen für ErstwählerInnen, etwa Vorbereitungsmaßnahmen in Schulen, sowie spezifische Strukturfragen (z.B.

ob der/die RespondentIn im Haushalt mit den Eltern wohnt). Jene Fragen, die im Auftrag des Parlaments ergänzt wurden, betreffen die Wahrnehmung von Parlament und Demokratiewerkstatt, Nationalratsdebatten aber auch Fragen zu außerschulischer Jugendarbeit. Sie wurden erst in der Feldphase ab April 2013 ergänzt, also zu dem Zeitpunkt, als auch die Zusatzstichprobe befragt wurde. Der gesamte Fragebogen findet sich im Anhang des Dokuments. Es muss allerdings festgehalten werden, dass in diesem Bericht nicht alle Fragen ausgewertet werden, sondern lediglich jene, die die Vorbereitung von jungen Menschen auf die Wahl, sowie Wahlteilnahme und Wahlverhalten beschreiben.

Nach der Wahl am 29. September wurden die TeilnehmerInnen der Vorwahlbefragung erneut kontaktiert und (diesmal telefonisch) befragt. Die Befragung dauerte diesmal nur 20-25 min und hatte einen speziellen Fokus auf Wahlteilnahme und Wahlentscheidung. Naturgemäß können nicht alle RespondentInnen wieder erreicht und zu einer Teilnahme an einer zweiten Umfrage motiviert werden. In diesem Fall gestaltete sich die Wiederholungsbefragung als besonders schwierig: es konnten schließlich nur weniger als die Hälfte der TeilnehmerInnen (n=148) der Vorwahlbefragung auch für die Nachwahlbefragung gewonnen werden. Die Feldzeit der Nachwahlbefragung begann am 1. Oktober 2013 und dauerte rund 2 Monate.

Mit der Durchführung aller Interviews wurde IFES (Institut für empirische Sozialforschung) beauftragt. Die Daten wurden gewichtet: für die deskriptive Darstellung wird ein Gewicht benützt, das zunächst für ungleiche Ziehungswahrscheinlichkeiten ausgleicht, und dann die Sozialstruktur der Stichprobe jener der Grundgesamtheit anpasst, um die unterschiedliche Ausschöpfung bestimmter Gruppen auszugleichen. Die technischen Details können dem Dokumentationsbericht entnommen werden (Kritzinger et al. 2013).

Die Analyse der Daten erfolgt deskriptiv, wobei für die hier aufgeworfenen Fragestellungen insbesondere der Vergleich der ErstwählerInnen mit älteren JungwählerInnen (über 21 Jahren), sowie dem Restelevator von Bedeutung ist. Um die Besonderheiten der Wahlaltersenkung zu verdeutlichen, werden zudem 16- und 17-jährige mit den älteren ErstwählerInnen, also den 18- bis unter-21-jährigen, verglichen. Diese Aufschlüsselung ermöglicht es zu analysieren, ob die jüngste Altersgruppe, die in den anderen europäischen Ländern nicht allgemein wahlberechtigt ist, Besonderheiten aufweist.

### 3. Beschreibung der Stichprobe

In der Stichprobe befinden sich in der ersten Befragungswelle – dank Aufstockung – 382 Jugendliche, die bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 zum ersten Mal bei einer Nationalratswahl wahlberechtigt waren. Sie sind also zum Zeitpunkt der Wahl mindestens 16 Jahre alt, aber jünger als 21 Jahre. Da die Nationalratswahl 2008 am 3. Oktober stattgefunden hat, werden alle Personen, die im September 2013 gerade noch 20 Jahre alt sind, den ErstwählerInnen zugerechnet, jene Personen, die ab dem 1. Oktober 2013 21 Jahre alt werden, aber nicht mehr. Die Unschärfe ist minimal.

Als Vergleichsstichprobe zu den ErstwählerInnen werden  $n=435$  junge Männer und Frauen aus der Vorwahlbefragung herangezogen, die unter 30 Jahre alt sind, aber bei der Nationalratswahl 2008 schon wahlberechtigt waren. Auch diese Stichprobengröße wurde durch die Aufstockung leicht erhöht, da ja auch 21-jährige zur Zielgruppe zählten. So konnte erreicht werden, dass mit der Gruppe der ErstwählerInnen und der Gruppe der Wählerinnen zwischen 21 und 30 Jahren, insgesamt  $n= 817$  unter-30-jährige befragt wurden.

In der Nachwahlbefragung sind die Fallzahlen entsprechend kleiner. Die Struktur der Stichprobe konnte aber weitgehend erhalten bleiben. Für manche Untergruppen sind die Fallzahlen in der zweiten Welle aber bereits sehr klein. In der folgenden Tabelle werden die ungewichteten Fallzahlen dargestellt, um die Qualität der Stichprobe zu dokumentieren. Die Gewichtung, die in den späteren Kapiteln verwendet wird, dient dazu, Abweichungen der Verteilungen der Stichprobe von den Verteilungen in der Grundgesamtheit, auszugleichen, insbesondere jene die durch die disproportionale Schichtung verursacht wurde, da ja 16- bis 21-jährige aufgestockt wurden (siehe vorne Seite 6 und 7).<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Anmerkung: An der Optimierung der Gewichtung wurde laufend gearbeitet, daher gibt es in diesem Bericht kleine Abweichungen zu Zahlen, die im November präsentiert wurden. Substantiell ändert sich nichts.



**Tabelle 1: Beschreibung der Stichprobe, ungewichtete Fallzahlen**

<b>Merkmale</b>	<b>Vor der Wahl (% in Klammern)</b>	<b>Nach der Wahl (% in Klammern)</b>
<b>Alter (zum Zeitpunkt der Wahl):</b>		
16 bis unter 21	382 (100.0)	148 (100.0)
21 bis unter 30	435 (100.0)	160 (100.0)
<b>Geschlecht:</b>		
16 bis unter 21		
männlich	197 (51.6)	83 (56.1)
weiblich	185 (48.4)	65 (43.9)
21 bis unter 30		
männlich	203 (46.7)	79 (49.4)
weiblich	232 (53.3)	81 (50.6)
<b>Ausbildung:</b>		
16 bis unter 21		
SchülerInnen	182 (47.7)	80 (54.1)
Lehrlinge	43 (11.2)	17 (11.5)
StudentInnen oder andere Ausbildung	32 (8.4)	10 (6.8)
Berufstätige	93 (24.4)	31 (21.0)
Sonstiges (arbeitssuchend, Präsenzdienst, Karenz usw.)	32 (8.4)	10 (6.8)
21 bis unter 30		
SchülerInnen	8 (1.8)	3 (1.9)
Lehrlinge	4 (0.9)	3 (1.9)
StudentInnen oder andere Ausbildung	103 (23.7)	47 (29.4)
Berufstätige	265 (60.9)	99 (61.9)
Sonstiges (arbeitssuchend, Präsenzdienst, Karenz usw.)	55 (12.6)	8 (5.0)
<b>Bundesland:</b>		
16 bis unter 21		
Vorarlberg	16 (4.2)	11 (7.4)
Tirol	36 (9.4)	15 (10.1)
Salzburg	12 (3.1)	5 (3.4)
Oberösterreich	71 (18.6)	30 (20.3)
Kärnten	28 (7.3)	7 (4.7)
Steiermark	57 (14.9)	21 (14.2)
Burgenland	11 (2.9)	2 (1.4)
Niederösterreich	50 (13.1)	13 (8.8)
Wien	101 (26.4)	44 (29.7)

21 bis unter 30	Vorarlberg	19 (4.4)	11 (6.9)
	Tirol	23 (5.3)	11 (6.9)
	Salzburg	27 (6.2)	8 (5.0)
	Oberösterreich	76 (17.5)	28 (17.5)
	Kärnten	17 (3.9)	5 (3.1)
	Steiermark	62 (14.3)	26 (16.3)
	Burgenland	8 (1.8)	3 (1.9)
	Niederösterreich	75 (17.2)	16 (10.0)
	Wien	128 (29.4)	52 (32.5)
	<b>Migrationshintergrund (anhand Sprache im Haushalt):</b>		
16 bis unter 21	ja	74 (19.7)	33 (22.3)
	nein	306 (80.1)	115 (77.7)
21 bis unter 30	ja	50 (11.5)	19 (11.9)
	nein	382 (87.8)	140 (87.5)

*Anmerkung: Daten ungewichtet; in Prozent, gerundet*

Anmerkung: Die Definition des Erwerbsstatus ist nicht immer trivial, weil es zahlreiche Personen gibt, die mehr als einen Erwerbsstatus haben. So können beispielsweise Personen, die studieren und arbeiten, entweder zu den Studierenden oder zu den Berufstätigen gezählt werden.

Für diesen Bericht wurde den Ausbildungen der Vorrang gegeben, also Studierende, die auch arbeiten, werden den Studierenden zugezählt, nicht den Berufstätigen. Es gibt auch eine gewisse Unschärfe, weil sich nicht alle Lehrlinge als Lehrlinge bezeichnen, sondern möglicherweise als Berufstätige. Es ist daher davon auszugehen, dass sich in der Gruppe der Berufstätigen, gerade bei ErstwählerInnen, noch zahlreiche Lehrlinge verbergen. Die Kategorie „sonstige“ umfasst vor allem Arbeitssuchende, Karenzierte, Präsenzdiener und Hausfrauen. Bei ErstwählerInnen sind rund zwei Drittel der „sonstigen“ arbeitssuchend.

Die leicht verzerrte Verteilung etwa nach Bundesländern oder Geschlecht wurde durch Gewichtung ausgeglichen und dürfte sich nicht mehr auf die Ergebnisse durchschlagen.

## 4. Vorbereitung auf die Wahl

Vorbereitung auf Wahlen kann an verschiedenen Orten stattfinden; zu den wichtigsten Agenten der politischen Sozialisation gehören aber zweifelsohne die Familie und die Schule (McIntosh und Youniss 2010).

### 4.1 Familie

Insgesamt 92% der ErstwählerInnen leben mit ihren Eltern in einem gemeinsamen Haushalt. Erst bei den ältesten ErstwählerInnen sind nennenswerte Anteile bereits aus dem elterlichen Haushalt ausgezogen (rund ein Fünftel der 1993 geborenen, und rund die Hälfte jener 1992 geborenen, die bei der Wahl 2008 gerade noch nicht wahlberechtigt waren).

Von jenen ErstwählerInnen, die mit den Eltern in einem Haushalt wohnen, geben 42% an, oft oder manchmal mit der Familie politisch zu diskutieren. Bei denjenigen, die nicht mehr mit den Eltern in einem Haushalt leben, sind es nur 22% (Tabelle 2). Es gibt keine relevanten Unterschiede zwischen jüngeren (unter 18) und älteren (ab 18) ErstwählerInnen, was eben auch daran liegt, dass auch die meisten 18- und 19-jährigen noch bei den Eltern wohnen.

**Tabelle 2: Häufigkeit politischer Diskussionen von ErstwählerInnen mit den Eltern (vor der Wahl)**

	<b>Lebt mit den Eltern in einem Haushalt</b>	<b>Lebt in einem anderen Haushalt</b>	<b>Alle ErstwählerInnen</b>
oft	8	3	8
manchmal	34	19	33
selten	32	26	32
nie	25	51	27
weiß nicht, verweigert	0	0	0

*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=382 ErstwählerInnen aus der Vorwahlstudie, Unterschied statistisch signifikant*

Fazit: Wer noch zu Hause bei den Eltern wohnt, diskutiert mit ihnen häufiger über Politik, und der überwiegende Anteil der ErstwählerInnen wohnt noch bei den Eltern. Dieses Argument des „Eingebettetsein“ ins Elternhaus (und die Schule) wurde von BefürworterInnen der Wahlaltersenkung

herangezogen: Mehr junge Menschen können so begleitet von den Eltern an der ersten Wahl teilnehmen.

Dass das politische Interesse der Eltern sich in einem gewissen Ausmaß auf das politische Interesse der Jugendlichen überträgt, konnte schon mehrfach gezeigt werden, wobei speziell für Österreich gilt, dass gerade bei 16- und 17-jährigen vor der Wahlaltersenkung das politische Interesse der Jugendlichen fast ausschließlich vom Elternhaus abhing. Nach der Wahlaltersenkung wurde allerdings auch der Einfluss der Schule auf das politische Interesse Jugendlicher sichtbar (Zeglovits und Zandonella 2013). Daher wenden wir uns im folgenden Abschnitt der Schule zu.

## **4.2 Schule**

Die Schule ist der Ort, wo nicht nur Wissen vermittelt wird, sondern auch Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens erlernt werden. Die Schuldemokratie bringt SchülerInnen die Möglichkeit, sich selbst an einem konkreten politischen Prozess zu beteiligen, und beispielsweise die Schülervertretung zu wählen oder selbst dafür zu kandidieren. Damit kommt der Schule in der politischen Bildung eine besonders wichtige Funktion zu. Da in Österreich politische Bildung eines der Unterrichtsprinzipien ist, findet politische Bildung nicht nur in einem bestimmten Unterrichtsfach statt, sondern kann in verschiedenen Fächern vorkommen. Daher wurden SchülerInnen und Lehrlinge in der Schule gefragt, ob sie in der Schule oder Berufsschule im Unterricht über Politik gesprochen haben, ob sie an der Schuldemokratie oder an einem Schulprojekt zu Politik mitgewirkt haben.

Gemäß Tabelle 3 haben rund drei Viertel aller befragten SchülerInnen und Lehrlingen innerhalb der ErstwählerInnen schon Monate vor der Wahl in der Schule im Unterricht über Politik gesprochen. Etwa die Hälfte hat an der Schuldemokratie und rund ein Viertel an einem Projekt zu Politik mitgewirkt. Insgesamt konnten rund 4 von 5 SchülerInnen und Lehrlingen durch mindestens eine Aktivität in der Schule erreicht werden. Der Vor- und Nachwahl-Vergleich<sup>2</sup> zeigt aber, dass es keine nennenswerte Steigerung im Verlauf der Zeit gab. In den letzten Wochen vor der Wahl wurden kaum zusätzliche Jugendliche erreicht. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Aktivitäten, die von den Schulen während des Wahlkampfes gesetzt wurden, zumeist die selben SchülerInnen und Lehrlinge erreichten, die auch schon vor dem Sommer erreicht worden waren.

---

<sup>2</sup> Für den Vergleich werden nur jene Personen herangezogen, die in beiden Befragungen mitgemacht haben.

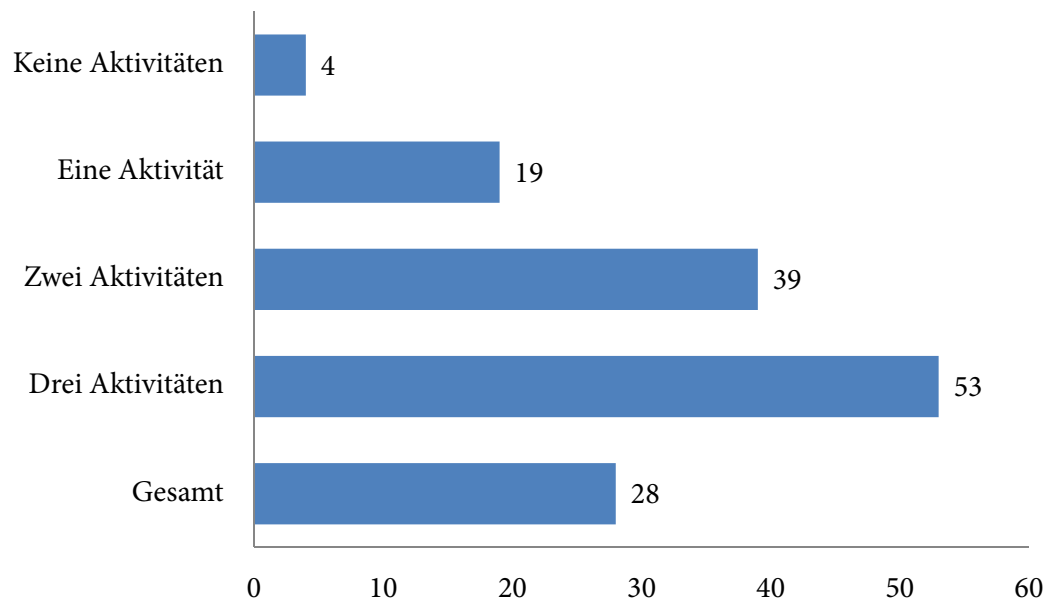
**Tabelle 3: Wahrgenommene Aktivitäten in Schule und Berufsschule im vergangenen Jahr, nur SchülerInnen und Lehrlinge, die erstmals wahlberechtigt waren**

Haben Sie im letzten Jahr....	alle	nur Befragte aus dem Panel		
		Vor der Wahl	Nach der Wahl	Differenz *
im Unterricht über Politik gesprochen	73	79	80	+1
an der Schuldemokratie mitgewirkt	45	52	52	0
an einem Projekt zu Politik mitgemacht	25	34	33	-1
mindestens eines davon	80	84	89	+5
n	225	103	103	103

*Anmerkung ErstwählerInnen, nur SchülerInnen und Lehrlinge, Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=225 aus der Vorwahlstudie, n=103 aus der Nachwahlstudie; Differenzen nicht statistisch signifikant*

Politische Aktivitäten an den Schulen sind wichtig, weil sie das Interesse steigern können. Hier gibt es eine wechselseitige Beziehung: Aktivitäten steigern das Interesse, und das Interesse führt zu mehr Aktivitäten. Gerade für junge Menschen ist aber der Einfluss der von außen (von Schulen) gesetzten Aktivitäten auf das politische Interesse zentral (Quintelier und Hooghe 2012). Auch im Jahr vor der Nationalratswahl 2013 gilt: Je mehr Aktivitäten in der Schule, desto höher das Interesse der jungen Menschen, wie Abbildung 1 vereinfacht zeigt.

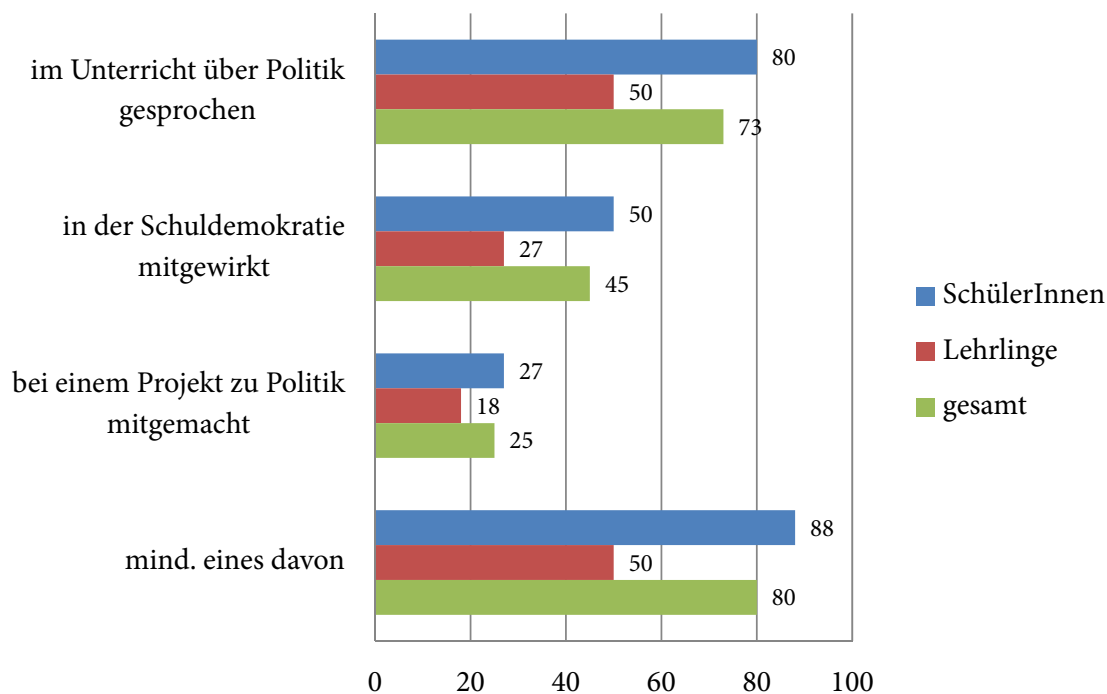
**Abbildung 1: Anteil der Jugendlichen, die sich als „sehr“ oder „ziemlich“ an Politik interessiert bezeichnen, nach Anzahl der Aktivitäten (vor der Wahl)**



*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=225 SchülerInnen und Lehrlinge aus der Vorwählerhebung, Unterschiede statistisch signifikant*

Aktivitäten sind also relevant, sie erreichen aber nicht alle Gruppen gleichermaßen: Wie schon frühere Studien zu Österreich gezeigt haben (Schwarzer und Zeglovits 2013), werden SchülerInnen in ihren Schulen von Maßnahmen in einem deutlich höheren Ausmaß erreicht als Lehrlinge in ihren Berufsschulen. Die Daten der Vorwahlstudie zeigen, dass dieser Unterschied weiterhin besteht: Die meisten SchülerInnen, aber nur die Hälfte der Lehrlinge wurden im vergangenen Jahr von mindestens einer der abgefragten Maßnahmen erreicht (siehe Abbildung 2).

**Abbildung 2: Aktivitäten in Schulen und Berufsschulen (vor der Wahl)**



Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=225 SchülerInnen und Lehrlinge aus der Vorwählerhebung

Aufgrund der Stichprobengröße in der Nachwahlbefragung, kann auch an dieser Stelle keine konkrete Aussage über mögliche Veränderungen getroffen werden. Da sich aber in Summe kaum etwas geändert hat, kann davon ausgegangen werden, dass der Unterschied zwischen SchülerInnen und Lehrlingen auch nach möglichen Aktivitäten in den letzten Wochen vor der Wahl aufrecht erhalten wurde.

### 4.3 Außerschulische Aktivitäten und FreundInnen

Auch außerhalb von Schule und Elternhaus passiert politische Sozialisation und Vorbereitung auf die Wahlen. Tabelle 4 zeigt, wie viele ErstwählerInnen im letzten Jahr an außerschulischen Aktivitäten mitgemacht haben. 56% der ErstwählerInnen geben an, im vergangenen Jahr ein Jugendzentrum besucht zu haben, 12% haben bei einem SchülerInnen- oder Jugendparlament mitgemacht. Die Veränderungen durch Wahlkampfaktivitäten sind wieder sehr gering. Die Unterschiede im Anteil vor der Wahl und nach der Wahl sind nicht statistisch signifikant.

**Tabelle 4: Sonstige außerschulische, politische Aktivitäten (Vergleich vor und nach der Wahl)**

Haben Sie im letzten Jahr....	alle vor der Wahl	nur Befragte aus dem Panel		
		Vor der Wahl	Nach der Wahl	Differenz *
Ein Jugendzentrum besucht	56	59	63	+4
Bei einem SchülerInnen/Jugend-Parlament mitgemacht	12	17	14	-3
n	352	137	137	137

*Anmerkung: Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent gerundet, n=352 ErstwählerInnen der Vorwahlstudie; für den Zeitvergleich n=137 ErstwählerInnen, die in der Vor- und Nachwahlstudie teilgenommen haben; \* Differenzen nicht statistisch signifikant*

Etwa gleich viele 16- und 17-jährige wie 18- bis unter-21-jährige haben ein Jugendzentrum besucht: hier ist also kein nenneswerter Unterschied zu erkennen. Der Unterschied hinsichtlich einer Teilnahme an einem Jugend- oder Schülerparlament ist aber statistisch signifikant: 9% der jüngeren aber immerhin 14% der älteren ErstwählerInnen gaben an, dies im Laufe des vergangenen Jahres gemacht zu haben (Tabelle 5).

**Tabelle 5: Sonstige außerschulische, politische Aktivitäten, nach Alter**

Haben Sie im letzten Jahr....	Vor der Wahl (alle)	
	16 und 17 Jahre	18 bis unter 21 Jahre
Ein Jugendzentrum besucht	55	58
Bei einem SchülerInnen/Jugend-Parlament mitgemacht	9	14
n	199	153

*Anmerkung: Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent gerundet, n=352 ErstwählerInnen aus der Vorwahlstudie; Unterschied zwischen den Altersgruppen nur für Besuch eines Schüler/Jugendparlaments statistisch signifikant*

Im Gegensatz zu den schulischen Aktivitäten ist bei den außerschulischen Aktivitäten die Diskrepanz zwischen SchülerInnen und Lehrlingen gering. Rund sechs von zehn SchülerInnen und Lehrlingen berichten vor der Wahl, im vergangenen Jahr ein Jugendzentrum besucht zu haben. Ebenfalls gering ist der Unterschied bei der Frage, ob der oder die befragte SchülerIn oder Lehrling schon einmal bei einem SchülerInnen- oder Jugendparlament mitgewirkt hat.



**Tabelle 6: Sonstige außerschulische, politische Aktivitäten, nach Ausbildung, nur SchülerInnen und Lehrlinge**

Haben Sie im letzten Jahr....	Vor der Wahl (alle)	
	SchülerInnen	Lehrlinge
Ein Jugendzentrum besucht	57	59
Bei einem SchülerInnen/Jugend-Parlament mitgemacht	11	7
n	173	39

*Anmerkung: Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent gerundet, n=212 SchülerInnen und Lehrlinge aus der Vorwahlstudie, Unterschiede zwischen SchülerInnen und Lehrlingen nicht statistisch signifikant*

Den Jugendzentren kommt aufgrund ihrer Reichweite und ihres Potentials, auch Lehrlinge zu erreichen, eine wichtige, vielleicht bislang unterschätzte Rolle in der Vorbereitung von ErstwählerInnen auf Wahlen zu.

Politische Diskussionen mit FreundInnen haben gerade bei den jüngsten Wahlberechtigten keinen besonders hohen Stellenwert: 41% der 16- und 17-jährigen und rund 32% der 18 bis unter 21-jährigen geben an, niemals mit ihren FreundInnen über Politik zu diskutieren. Bei den über 30-jährigen sind es deutlich weniger, nämlich etwa 22%.

In der Gruppe der ErstwählerInnen, die noch bei den Eltern wohnen, liegt die Diskussionshäufigkeit mit FreundInnen weit abgeschlagen hinter der Diskussionshäufigkeit mit der Familie. Bei jenen, die nicht mehr mit den Eltern in einem Haushalt wohnen, gibt es keinen Unterschied mehr. Diskussionen mit FreundInnen und mit der Familie finden gleich oft statt (Wilcoxon Rank Sum Test statistisch nicht signifikant).

## 5. Wie ErstwählerInnen das Parlament wahrnehmen

Das Österreichische Parlament setzt schon seit vielen Jahren auf spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche. Die Anzahl der TeilnehmerInnen an diesen Angeboten ist beachtlich (Parlamentsdirektion 2007, Parlamentsdirektion 2009). Zudem reicht die Bekanntheit weit über die TeilnehmerInnen hinaus. Rund ein Viertel der ErstwählerInnen kennt die Demokratieinitiative zumindest dem Namen nach: Vor der Wahl hatten 23% der ErstwählerInnen bereits von der Demokratiewerkstatt gehört. Wichtig ist hier anzumerken, dass die Bekanntheit der Demokratieinitiative quer durch die sozialen Gruppen geht. Bei 16- und 17-jährigen war die Demokratieinitiative geringfügig bekannter als bei 18- bis unter-20-jährigen.

Die Aktivitäten rund um das Parlament haben ebenfalls eine große Reichweite (Tabelle 7): Mehr als die Hälfte der ErstwählerInnen hat schon einmal eine Nationalratsdebatte im Fernsehen gesehen; ebensoviele haben schon einmal das Parlamentsgebäude besucht. Letzteres ist regional unterschiedlich: Bei aller Vorsicht wegen kleiner Fallzahlen ist es doch offensichtlich, dass der Besuch des Parlamentsgebäudes für WienerInnen am naheliegendsten ist. Ungefähr 4% gaben vor dem Wahlkampf an, bereits an der Demokratiewerkstatt teilgenommen zu haben.

**Tabelle 7: Aktivitäten rund um das Parlament (Vergleich vor und nach der Wahl)**

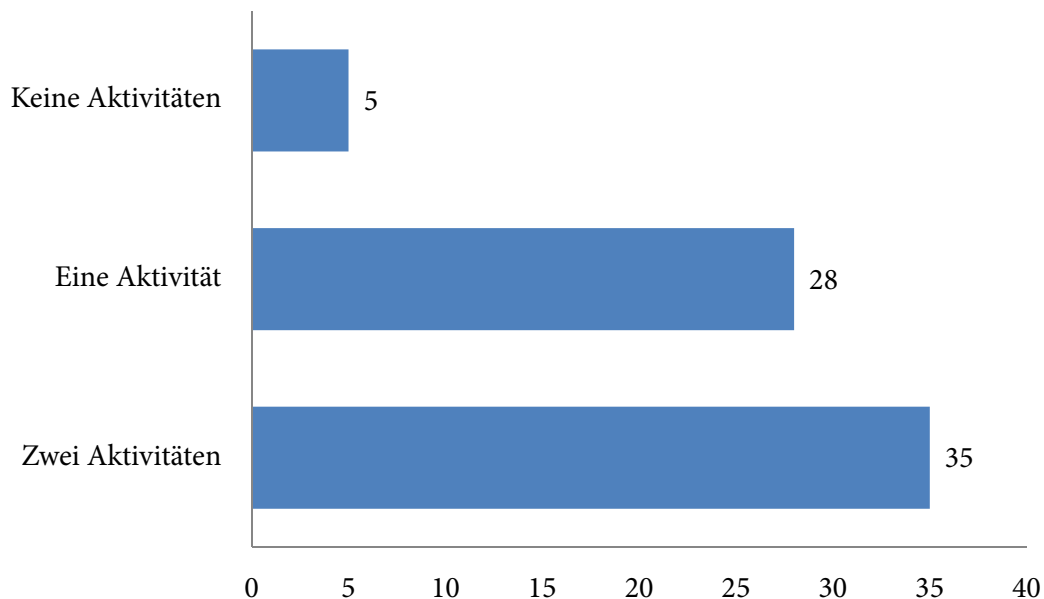
Haben Sie im letzten Jahr....	alle vor der Wahl	nur Befragte aus dem Panel		
		Vor der Wahl	Nach der Wahl	Differenz *
eine Nationalratsdebatte im TV gesehen	52	55	57	+2
das Parlamentsgebäude besucht	54	55	62	+7
an der Demokratiewerkstatt teilgenommen	4	10	12	+2
mindestens eines davon	71	69	74	+5
n	352	137	137	137

*Anmerkung: Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent gerundet, n=352 ErstwählerInnen der Vorwahlstudie; für den Zeitvergleich n=137 ErstwählerInnen, die in der Vor- und Nachwahlstudie teilgenommen haben; \* Differenzen nicht statistisch signifikant*

Während des Wahlkampfes nahmen all diese Aktivitäten leicht zu. Die Unterschiede sind zwar nicht signifikant, aber der Trend zeigt in die erwartete Richtung: Das Verfolgen der Nationalratsdebatten im Fernsehen wurde tendenziell mehr. Etwas mehr Befragte berichteten, dass sie schon einmal das Parlament besucht oder an der Demokratiewerkstatt teilgenommen haben.

Wie bei den schulischen Aktivitäten soll auch für die Aktivitäten rund um das Parlament dargestellt werden, ob sie sich auf das politische Interesse niederschlagen. Da man davon ausgehen kann, dass zumindest der Besuch im Parlament und die Teilnahme an der Demokratieinitiative nur in Ausnahmefällen auf die Eigeninitiative der Jugendlichen zurückgehen, sondern vielmehr durch Dritte (LehrerInnen, Eltern, Jugendorganisationen usw.) initiiert werden, ist die Annahme, dass die Aktivitäten eine Auswirkung auf das Interesse haben (und nicht umgekehrt) im Analogieschluss zu den schulischen Aktivitäten zulässig. Wie Abbildung 3 zeigt, ist der Zusammenhang auch sehr deutlich sichtbar: Je mehr Aktivitäten rund um das Parlament, desto höheres politisches Interesse wird beobachtet.

**Abbildung 3: Anteil der Jugendlichen, die sich als „sehr“ oder „ziemlich“ an Politik interessiert bezeichnen, nach Anzahl der Aktivitäten rund um das Parlament (vor der Wahl)**



*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=352 ErstwählerInnen aus der Vorwählerhebung, Unterschiede statistisch signifikant*

Wieder stellt sich die Frage, ob Aktivitäten rund um das Parlament alle ErstwählerInnen gleichermaßen erreichen. Die Werte sind bei den älteren ErstwählerInnen nur geringfügig höher als bei den 16- und 17-jährigen. Das lässt vermuten, dass diese das Parlament betreffenden Aktivitäten vor dem 18. Geburtstag erstmals stattfinden. Wer bis dahin noch nicht im Parlament war oder noch nie eine Nationalratsdebatte im Fernsehen verfolgt hat, wird dies auch nicht so schnell nachholen.

**Tabelle 8: Angebot des Parlament und/oder der Demokratiewerkstatt genützt, nach Alter**

Haben Sie im letzten Jahr....	Vor der Wahl	
	16 und 17 Jahre	18 bis unter 21 Jahre
eine Nationalratsdebatte im TV gesehen	51	53
das Parlamentsgebäude besucht	52	56
an der Demokratiewerkstatt teilgenommen	4	4
mindestens eines davon	70	71

*Anmerkung: Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=352 ErstwählerInnen aus der Vorwählerhebung, Unterschiede statistisch nicht signifikant*

Wie bei den schulischen Aktivitäten zeigt sich aber auch bei den das Parlament betreffenden Aktivitäten ein deutlicher Unterschied zwischen SchülerInnen und Lehrlingen (Tabelle 9). Rund zwei Drittel der SchülerInnen gaben vor dem Wahlkampf an, schon einmal das Parlamentsgebäude besucht zu haben; vergleichsweise weniger, nämlich etwas mehr als ein Drittel, waren es bei den Lehrlingen. Der Besuch des Parlamentsgebäudes ist eine Aktivität, die oft im Klassenverband durchgeführt wird. Insofern ist das den schulischen Aktivitäten ähnliche Muster nicht weiter verwunderlich. Auffällig aber ist, dass die Demokratiewerkstatt selbst alle Gruppen gleichermaßen erreicht.

**Tabelle 9: Angebot des Parlament und/oder der Demokratiewerkstatt genützt, nach Ausbildung**

Haben Sie im letzten Jahr....	Vor der Wahl		
	SchülerInnen	Lehrlinge	andere
eine Nationalratsdebatte im TV gesehen	57	43	49
das Parlamentsgebäude besucht	66	37	46
an der Demokratiewerkstatt teilgenommen	4	4	4
mindestens eines davon	82	51	63

*Anmerkung: Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=352 ErstwählerInnen aus der Vorwählerhebung, Unterschiede statistisch signifikant für Besuche im Parlamentsgebäude und „mindestens eines davon“*

Zusammenfassend kann für Aktivitäten rund um das Parlament festgehalten werden: Die Reichweite ist zum Teil recht hoch. Da etwa die Hälfte der ErstwählerInnen angibt, schon einmal das Parlamentsgebäude besucht zu haben, kann als Erfolg verbucht werden. Entscheidend ist hier aber auch wieder die Phase vor dem 18. Geburtstag. Der Erstkontakt entsteht offensichtlich wenn, dann vor dem 18. Geburtstag. Auch ohne dies empirisch belegen zu können, ist der Zusammenhang mit Schule und Elternhaus naheliegend.

## 6. Ready to Vote? Wie gut ErstwählerInnen auf die Wahlen vorbereitet waren

Eine der zentralen Fragen bleibt: Sind 16- und 17-jährige nun „reif“ genug für eine Wahlteilnahme? Sind sie bereit zu wählen? In der wissenschaftlichen Debatte werden dafür verschiedene Indikatoren herangezogen, allen voran politisches Wissen, aber auch die Selbsteinschätzung des politischen Wissens, wobei das faktische und das eingeschätzte Wissen nicht notwendigerweise übereinstimmen müssen. Darüber hinaus sind auch politisches Interesse oder die politische Selbstwirksamkeit von Bedeutung (Bergh 2013, Hart und Atkins 2011, Torney-Purta, Barber u.a. 2008, Electoral Commission 2004). Wer ausreichend informiert und interessiert ist, wer der Meinung ist, dass politische Beteiligung Sinn macht und etwas bewirken kann, wird auch bereit sein, an Wahlen teilzunehmen, und wird eine gut informierte Entscheidung treffen können.

### 6.1. Tatsächliches Wissen (Quizergebnisse)

Insgesamt wurden sieben Fragen zum politischen Wissen gestellt: Drei Fragen betreffen die Zuordnung von MinisterInnen zu ihren Parteien (Maria Fekter, Rudolf Hundstorfer und Alois Stöger), drei das politische System (Wahlalter, Hürde für den Einzug in den Nationalrat, Ernennung des Bundeskanzlers). Eine Frage ist eine Verständnisfrage zu Politik<sup>3</sup>.

**Tabelle 10: Mittlere Anzahl an korrekt beantworteten Fragen, nach Alter (vor der Wahl)**

	<b>Anteil der korrekten Antworten</b>
16 und 17	46
18 bis unter 21	48
21 bis unter 30	56
30 plus	63
Alle Wahlberechtigten	61

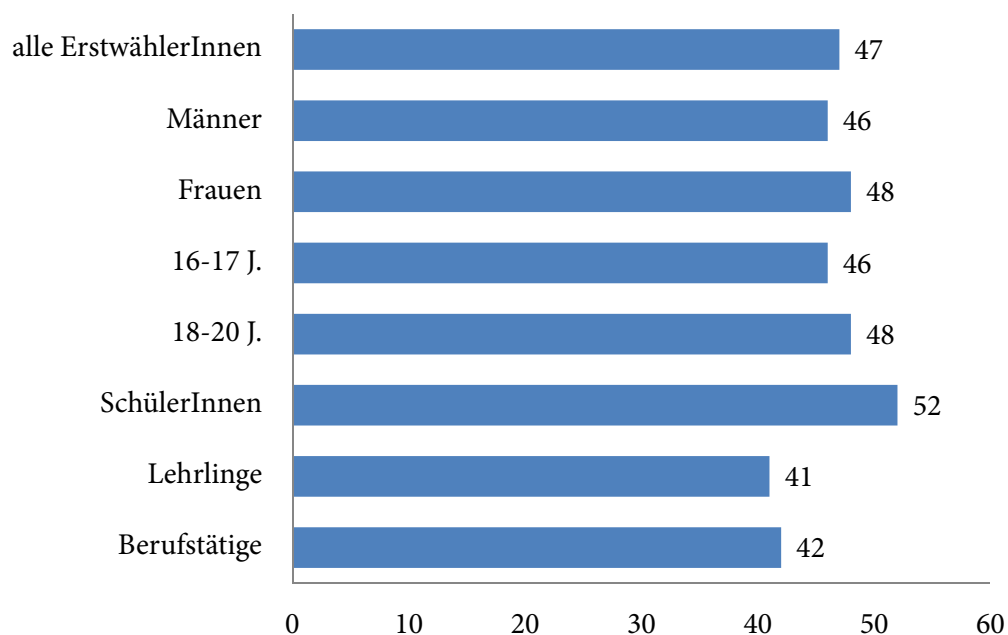
*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=3.246 Befragte aus der Vorwahlstudie*

<sup>3</sup> Frage im Wortlaut: „In einigen Ländern gibt es Gesetze, die es den Bürgern erlauben, Einsicht in Akten und Dokumente der Regierung und Verwaltung zu nehmen, die zeigen, was diese tun. Warum ist es in einer Demokratie wichtig, dass man sich diese Unterlagen ansehen kann?“ Antwortmöglichkeiten: (1) „damit die Bürger sich ein begründetes Urteil über die Entscheidungen der Regierung bilden können“, (2) „damit die Regierung nur Entscheidungen trifft, mit denen alle einverstanden sind“, (3) „damit kein Bürger die Entscheidungen der Regierung kritisiert“

Im Vergleich konnten ErstwählerInnen weniger Wissensfragen richtig beantworten als ältere WählerInnen (Tabelle 10). Alle unter 30-jährigen lagen unter dem Wert der Generation 30 plus. Das Wissen stieg mit dem Alter. Besonders deutlich war der Unterschied beim Systemwissen, weniger deutlich war dies der Fall bei der Zuordnung der Personen zu den Parteien.

Innerhalb der ErstwählerInnen gab es weder einen Unterschied zwischen Männern und Frauen, noch zwischen 16- und 17-jährigen im Vergleich zu älteren ErstwählerInnen. Aber der Unterschied zwischen SchülerInnen und Lehrlingen betrug mehr als zehn Prozentpunkte und ist auch statistisch signifikant (Abbildung 4).

**Abbildung 4: Anteil der korrekt beantworteten Wissensfragen, ErstwählerInnen (vor der Wahl)**



*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=379 ErstwählerInnen aus der Vorwählerhebung*

In der zweiten Befragung nach den Wahlen gab es in der Gruppe der ErstwählerInnen keinen signifikanten Wissenszuwachs, die Anteile der richtigen Antworten bewegten sich auch nach der Wahl etwa in einem ähnlichen Bereich wie vor den Wahlen. Obwohl es schon durch die Methode der wiederholten Befragung einen künstlichen Wissenszuwachs hätte geben können – bei allen Befragten stieg der Anteil der richtigen Antworten in der zweiten Befragung um rund 4 Prozentpunkte – kann

dies in der Gruppe der ErstwählerInnen nicht beobachtet werden. Sichtbar ist der Anstieg nur bei den 16- und 17-jährigen, wo der Anteil von 46 auf 50 Prozent stieg. Der Unterschied ist aber bei der Fallzahl zu klein, um statistisch signifikant zu sein.

## 6.2. Selbsteinschätzung: Politisches Wissen

Eine der Voraussetzungen für politische Beteiligung ist die Selbsteinschätzung darüber, ob man sich selbst zutraut, über Politik Bescheid zu wissen. Gerade bei jungen Menschen wird darauf hingewiesen, dass es besonders relevant ist, ob sie sich ausreichend informiert fühlen (Kaid et al. 2007). Wer das Gefühl hat, nicht ausreichend Bescheid zu wissen, wird eher nicht an der Wahl teilnehmen. Daher wird in der nächsten Tabelle dargestellt, inwieweit die Befragten der Aussage zustimmen „Im Allgemeinen weiß ich recht viel über Politik“.

**Tabelle 11: Selbsteinschätzung Politisches Wissen vor der Wahl, nach Altersgruppen**

	16 und 17	18 bis unter 21	21 bis unter 30	30 plus	Gesamt
Trifft sehr zu	1	2	6	10	9
Trifft eher zu	11	10	18	27	25
Teils-teils	27	26	31	31	31
Trifft eher nicht zu	31	33	29	20	22
Trifft gar nicht zu	29	29	16	12	14
Total	100	100	100	100	100

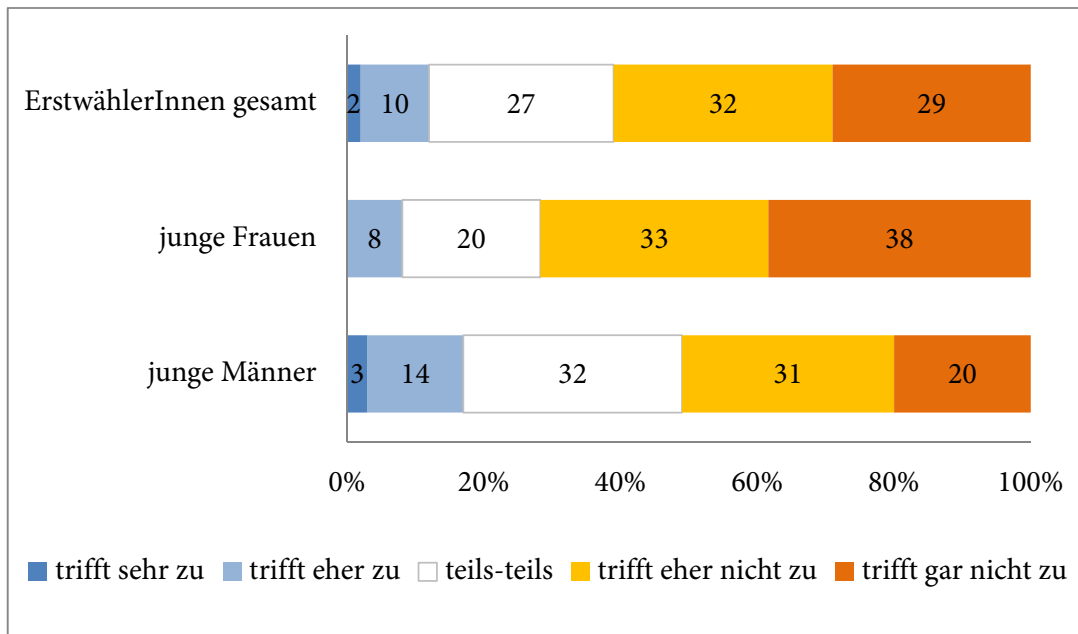
*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, Befragte aus der Vorwahlstudie*

Zunächst lässt sich feststellen, dass vor Beginn des Wahlkampfes der Unterschied zwischen den Altersgruppen in ihrer Selbsteinschätzung des politischen Wissens recht groß war. Während mehr als jedeR Dritte (37%, Zustimmungskategorien „trifft sehr zu“ und „trifft eher zu“ zusammengefasst) der WählerInnen ab 30 der Meinung war, sich gut mit Politik auszukennen, war es bei den ErstwählerInnen nicht einmal jedeR Siebte. Zwischen 16- und 17-jährigen und 18 bis unter-21-jährigen ist jedoch kein Unterschied festzustellen. Der Unterschied in der Selbsteinschätzung geht in etwa mit dem Unterschied im tatsächlichen Wissen einher.



Was allerdings markant ist, ist der enorme Gender-Gap innerhalb der ErstwählerInnen. Obwohl – wie oben gezeigt, sich junge Männer von jungen Frauen im tatsächlichen Anteil korrekt beantworteter Wissensfragen nicht unterschieden, fiel die Selbsteinschätzung junger Frauen wesentlich schlechter aus: Drei Viertel (Kategorien „trifft eher nicht zu“ und „trifft gar nicht zu“ zusammengefasst) der Erstwählerinnen aber nur etwa die Hälfte der Erstwähler waren der Meinung, nicht gut über Politik Bescheid zu wissen.

**Abbildung 5: Zustimmung vor der Wahl zur Aussage „Im Allgemeinen weiß ich recht viel über Politik“, ErstwählerInnen (vor der Wahl)**



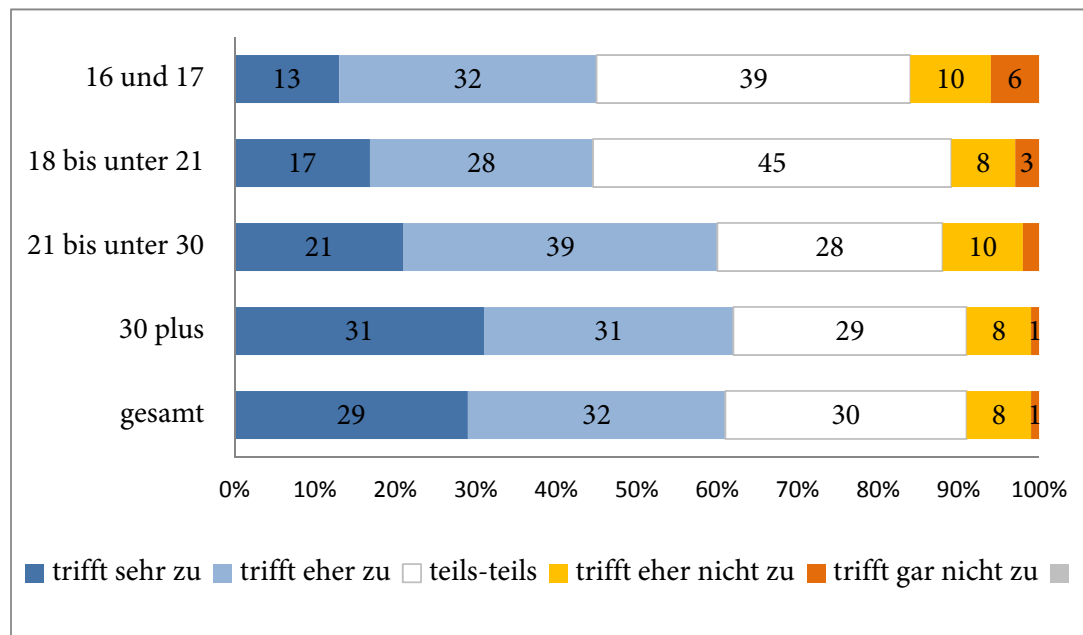
*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=378 ErstwählerInnen der Vorwahlstudie*

Nach der Theorie, dass die Selbsteinschätzung des Politischen Wissens für die Wahlteilnahme entscheidend ist, so also ist davon auszugehen, dass junge Frauen seltener an der Wahl teilnehmen werden als junge Männer, aber nicht, weil sie tatsächlich schlechter Bescheid wissen, sondern weil ihre Selbsteinschätzung kritischer ausfällt.

### 6.3. Politische Wirksamkeitswahrnehmung

Politische Wirksamkeitswahrnehmung ist ein Konzept, das erfasst, inwieweit Personen einschätzen, ob sie selbst etwas an der Politik bewirken könne, bzw. umgekehrt, ob Politik auf die Menschen reagiert. Üblicherweise geht eine geringe Wirksamkeitswahrnehmung mit einer niedrigen Beteiligung einher. Anders gesagt, wer der Meinung ist, dass er/sie nichts bewirken kann, oder dass Politik nicht responsiv ist, hat keinen Anreiz, sich am politischen Prozess zu beteiligen. (Campbell et al. 1960, Niemi et al. 1991). Die Zustimmung zur Aussage „Politiker kümmern sich nicht um das, was Leute wie ich denken“ ist eine Möglichkeit, um diese Wirksamkeitswahrnehmung abzubilden.

**Abbildung 6: „Politiker kümmern sich nicht um das, was Leute wie ich denken“, nach Altersgruppen (vor der Wahl)**



*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=3266 Befragte der Vorwahlstudie*

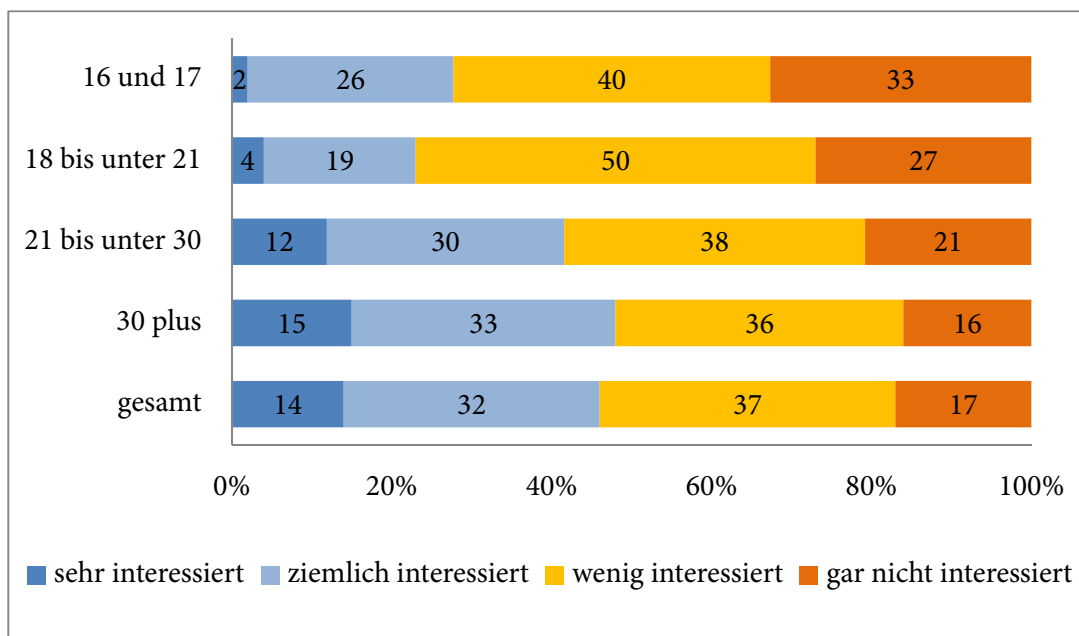
Abbildung 6 zeigt, dass ErstwählerInnen in einem geringeren Ausmaß der Ansicht waren, dass PolitikerInnen sich nicht um ihre Anliegen kümmern als ältere. Es gibt aber keinen Unterschied zwischen 16- und 17-jährigen und älteren ErstwählerInnen. Die um rund 10% höhere Anzahl der ErstwählerInnen, welche diese Frage mit „teils-teils“ beantwortet haben (im Vergleich zu älteren Wählergruppen), weist auf eine noch unklare Einstellung bezüglich ihrer Selbstwirksamkeit.

ErstwählerInnen hatten also in einem weit geringeren Ausmaß als ältere WählerInnen das Gefühl, dass PolitikerInnen weit weg von ihren Interessen agieren. Dies widerspricht dem vielzitierten Bild der Distanz von Jugendlichen zu PolitikerInnen. In anderen Worten, PolitikerInnen stoßen bei den jüngsten WählerInnen noch auf weniger Frust über mangelnde Responsivität.

#### 6.4. Politisches Interesse

Mangelndes politisches Interesse junger Menschen ist ein viel diskutiertes Thema, und eines der zentralen Argumente gegen die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre (Chan und Clayton 2006). Obwohl für Österreich gezeigt werden konnte, dass das politische Interesse junger Menschen nach der Wahlaltersenkung höher war als vorher (Zeglovits und Zandonella 2013), bzw. rund um die Europawahlen 2009 nicht signifikant unterschiedlich von älteren (Wagner et al. 2012), so zeigt der Blick auf die Daten vor dem Wahlkampf, dass ErstwählerInnen ein deutlich niedrigeres Interesse an Politik angaben als ältere Personen (Abbildung 7). Wieder ist es so, dass es aber keinen nennenswerten Unterschied zwischen den jüngeren und den älteren ErstwählerInnen gibt.

Abbildung 7: Politisches Interesse vor dem Wahlkampf, nach Altersgruppen



Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=3266 Befragte der Vorwählerhebung

Innerhalb der ErstwählerInnen war der Unterschied im politischen Interesse zwischen Männern und Frauen vor der Wahl eklatant und statistisch signifikant. Damit kann auch für österreichische ErstwählerInnen bestätigt werden, was aus anderen Ländern bekannt ist: Junge Frauen bezeichnen sich als weniger politisch interessiert als junge Männer.

Vergleich man allerdings die Antworten der ErstwählerInnen vor und nach der Wahl (siehe Tabelle 12) zeigt sich, dass das politische Interesse während des Wahlkampfes deutlich gestiegen ist. Besonders bemerkenswert dabei ist, dass in der Gruppe der 16- bis 17-jährigen der Anteil der desinteressierten Personen drastisch zurückging, von 35% auf 9%. Bei den jüngsten ErstwählerInnen stieg das Interesse besonders stark (Tabelle 13).

**Tabelle 12: politisches Interesse von ErstwählerInnen (Vergleich vor und nach der Wahl)**

Haben Sie im letzten Jahr....	alle vor der Wahl	nur Befragte aus dem Panel		
		Vor der Wahl	Nach der Wahl	Differenz *
Sehr interessiert	3	1	10	+9
Ziemlich interessiert	22	21	26	+5
Wenig interessiert	45	42	40	-2
Gar nicht interessiert	30	36	24	-12
n	382	147	147	147

*Anmerkung: Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent gerundet, n=382 ErstwählerInnen der Vorwahlstudie; für den Zeitvergleich n=147 ErstwählerInnen, die in der Vor- und Nachwahlstudie teilgenommen; \* Unterschied signifikant (Wilcoxon Rank Sum Test)*

**Tabelle 13: politisches Interesse von ErstwählerInnen, nach Alter (Vergleich vor und nach der Wahl)**

Haben Sie im letzten Jahr....	16 und 17 Jahre; nur Befragte aus dem Panel			18 bis unter 21 Jahre; nur Befragte aus dem Panel		
	Vor der Wahl	Nach der Wahl	Differenz *	Vor der Wahl	Nach der Wahl	Differenz *
Sehr interessiert	1	14	+13	0	9	+9
Ziemlich interessiert	28	24	-4	15	28	+13
Wenig interessiert	35	54	+19	48	28	-20
Gar nicht interessiert	35	9	-26	37	35	-2
n	89	89	89	58	58	58

*Anmerkung: Prozent derjenigen, die mit „ja“ geantwortet haben, Daten gewichtet; in Prozent gerundet, n=382 ErstwählerInnen der Vorwahlstudie; für den Zeitvergleich n=147 ErstwählerInnen, die in der Vor- und Nachwahlstudie teilgenommenen; \* Unterschied signifikant (Wilcoxon Rank Sum Test)*

Anders ist dies beim Gender Gap: Auch nach der Wahl geben junge Frauen öfter an, nicht an Politik interessiert zu sein als junge Männer. An diesem markanten Geschlechterunterschied änderte auch der Wahlkampf nichts.

## 7. Wahlteilnahme

Die Wahlbereitschaft vor dem Sommer lag bei ErstwählerInnen niedriger als bei Älteren, bei 16- und 17-jährigen niedriger als bei 18 bis unter-20-jährigen. Aber wer hat nun tatsächlich an der Wahl teilgenommen? Die AUNTES Nachwahlbefragung kommt in Summe mit rund 80 Prozent berichteter Wahlbeteiligung relativ nahe an die tatsächliche Wahlbeteiligung der Nationalratswahl 2013 heran, näher als die meisten anderen Umfragen, was für die Qualität der Stichprobe und für die Qualität der Fragestellung spricht.<sup>4</sup> Trotzdem muss darauf hingewiesen werden, dass es bei berichteter Wahlbeteiligung immer zu Verzerrungen kommen kann, weil es sich um ein sozial erwünschtes Verhalten handelt. Gerade diejenigen Personen, die Wählen gehen eher als Pflicht empfinden werden dazu neigen, es nicht zuzugeben, falls sie nicht an der Wahl teilgenommen haben. Analysen sind daher immer vorsichtig und als Tendenzbeschreibung zu beschreiben. Die Literatur beschreibt, dass junge WählerInnen im Allgemeinen weniger oft an Wahlen teilnehmen als ältere (Fieldhouse et al. 2007, Wattenberg 2008). Wenn man aber genauer analysiert, so stellt man einen „First time voter boost“ fest (Bhatti und Hansen 2012, Konzelmann et al. 2012). Das beschreibt das Phänomen, dass gerade ErstwählerInnen in einem etwas höheren Ausmaß wählen gehen als andere JungwählerInnen – weil es gerade das erste Mal ist. Für Österreich wurde auch beschrieben, dass die Wahlbeteiligung von 16- und 17-jährigen höher war als von älteren ErstwählerInnen (auf Basis der GRW Wien 2010 und GRW Krems 2012, Zeglovits und Aichholzer im Erscheinen).

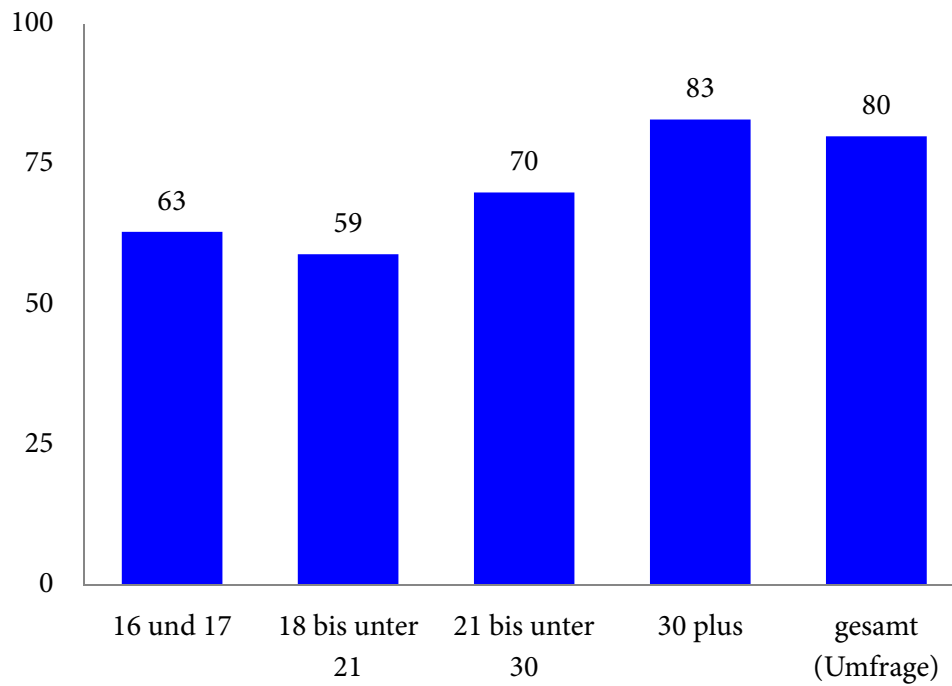
Abbildung 8 zeigt, dass diese Trends für die Nationalratswahlen 2013 wieder gefunden werden können, wenngleich die Unterschiede nur schwach ausgeprägt sind. Die selbstberichtete Wahlbeteiligung von 16- und 17-jährigen lag demnach bei 63%, knapp über der Wahlbeteiligung älterer ErstwählerInnen (59% berichtete Wahlbeteiligung bei 18- bis unter-20-jährigen). Allerdings ist die Wahlteilnahme auch der 16- und 17jährigen deutlich niedriger als die berichtete Wahlbeteiligung aller Befragten. Der Befund ist also weniger euphorisch als in früheren Studien. Dies kann methodische Ursachen haben (etwa dass junge WählerInnen unumwundener zugeben nicht gewählt zu haben als ältere), aber es könnte auch ein Zeichen dafür sein, dass die positiven Ergebnisse in der Wahlteilnahme kurz nach der Wahlaltersenkung noch dadurch beeinflusst waren, dass die

---

<sup>4</sup> Die Befragten wurden nicht einfach gefragt, ob sie wählen waren, sondern bekamen 4 Antworten zur Auswahl, von denen drei Nichtwählen beschrieben, um zu erleichtern, sozial unerwünschtes Nichtwählen zuzugeben. So konnten die RespondentInnen angeben, dass sie überlegt hatten teilzunehmen, es aber dann doch nicht getan hatten, bzw. dass sie normalerweise schon wählen gehen, nur diesmal nicht.

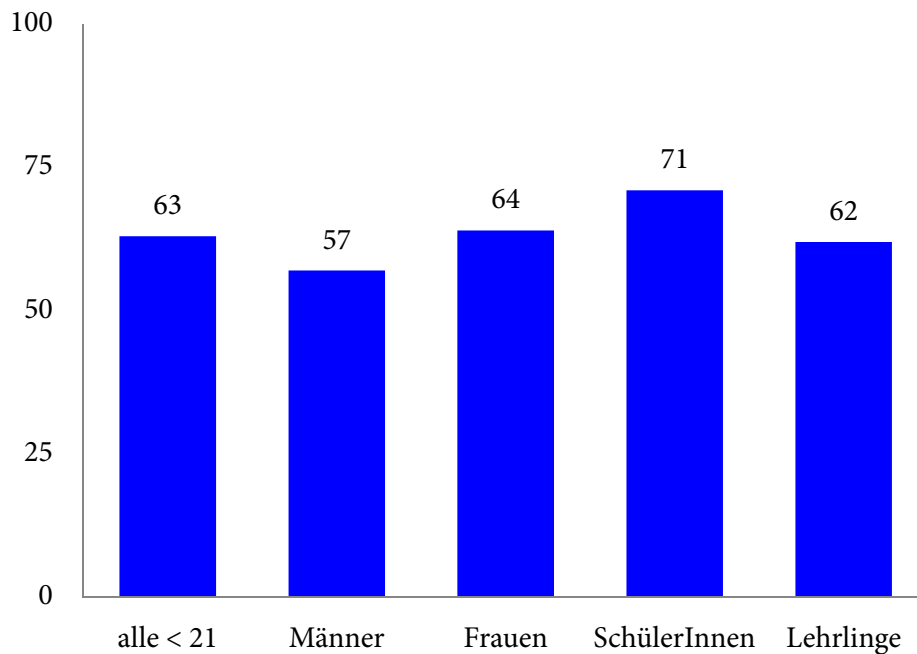
Wahlaltersenkung neu war und den jüngsten Wahlberechtigten von Seiten vieler Akteure viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

**Abbildung 8: berichtete Wahlteilnahme, nach Alter**



*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=1498 Befragte der Nachwählerhebung*

**Abbildung 9: berichtete Wahlteilnahme, nach sozialen Gruppen**



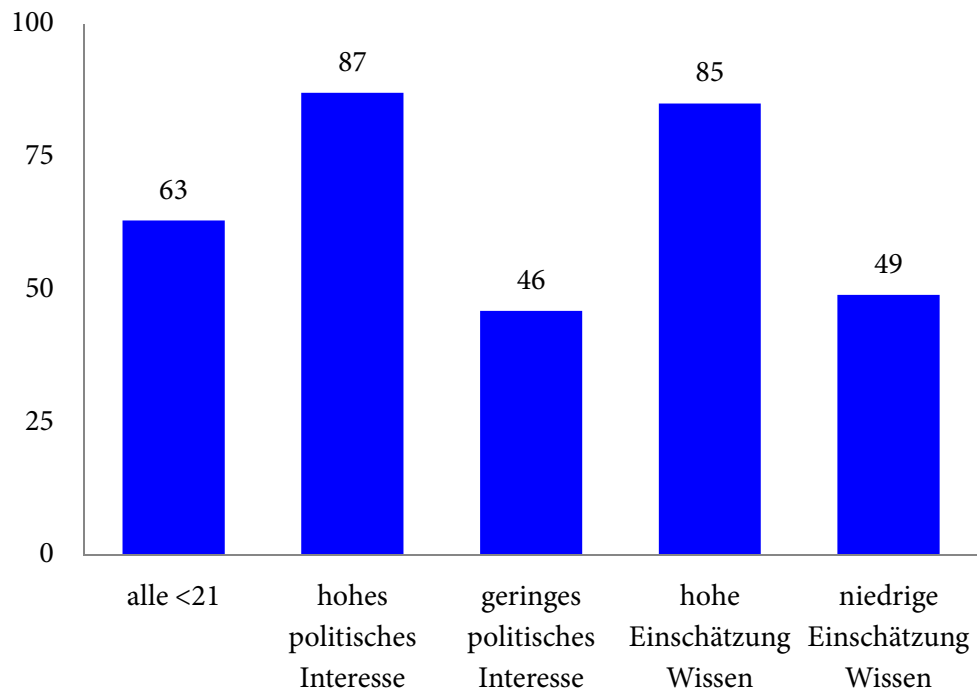
*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=146 ErstwählerInnen der Nachwählerhebung, Unterschiede sind nicht signifikant*

Wie aber spiegeln sich die Unterschiede nach sozialen Gruppen wider, so wie sie in den Indikatoren der Vorbereitung gefunden wurden? Abbildung 9 zeigt, dass Unterschiede beschrieben werden können, diese sind aber nicht groß genug, um als systematisch (statistisch signifikant) bezeichnet werden zu können. Entgegen den Erwartungen berichten junge Frauen eine höhere Wahlteilnahme als junge Männer; entsprechend den Erwartungen berichten SchülerInnen eine höhere Wahlteilnahme als Lehrlinge.

Enorm groß (und somit auch statistisch signifikant) sind aber die Unterschiede nach den Indikatoren der Vorbereitung: Wer interessierter ist, geht eher wählen; wer sein Wissen als besser einschätzt, geht eher wählen – wie Abbildung 10 zeigt. Dies unterstreicht, dass es sinnvoll ist im Sinne der Wahlbeteiligung Jugendliche vor den ersten Wahlen für Politik zu interessieren und ihnen Kompetenzen zu vermitteln. Warum sich die in der Selbsteinschätzung schlechtere Vorbereitung von Frauen nicht auf die tatsächliche Wahlteilnahme niederschlägt, ist noch nicht restlos geklärt, und wird Gegenstand weiterer Forschung sein. Möglicherweise sind die Muster bei Männern und bei Frauen relativ betrachtet ähnlich, und unterscheiden sich nur im Niveau auf dem sie stattfinden.



**Abbildung 10: berichtete Wahlteilnahme, nach Indikatoren der Vorbereitung**

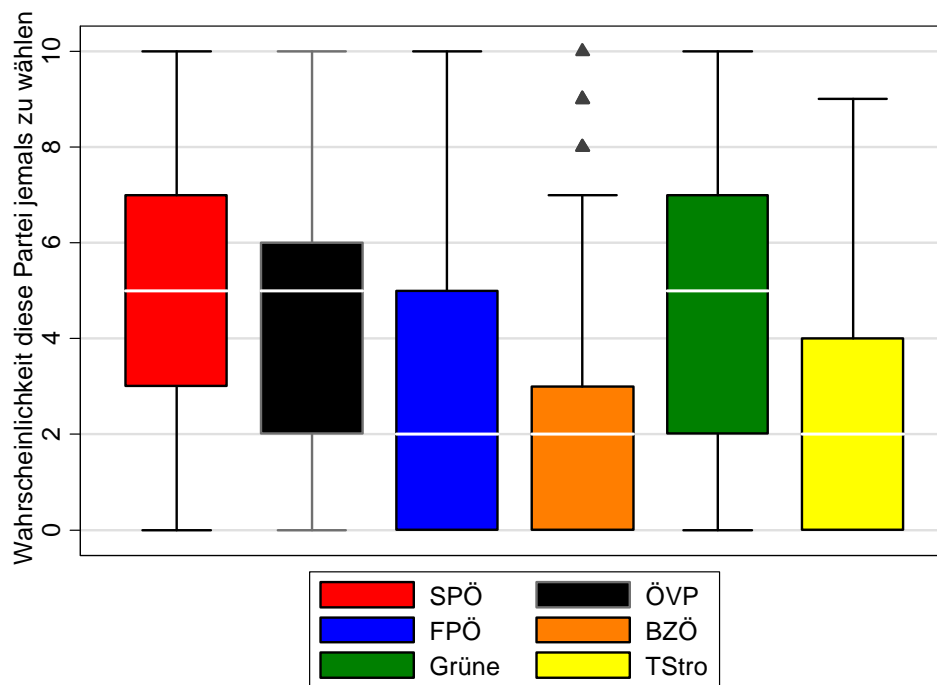


*Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=146 ErstwählerInnen der Nachwählerhebung*

## 8. Wahlentscheidung

Auch wenn die Entscheidung für eine bestimmte Partei hier nicht im Fokus des wissenschaftlichen Interesses steht, soll die Wahlentscheidung der ErstwählerInnen dennoch kurz dargestellt werden. Vor der Wahl lagen SPÖ, Grüne und ÖVP etwa gleich auf in der Chance, jemals von den ErstwählerInnen gewählt zu werden, danach folgte die FPÖ. Das BZÖ lag weit abgeschlagen, noch hinter dem Team Stronach. Das Team Stronach konnte von den wenigsten ErstwählerInnen überhaupt eingeschätzt werden. Hier gab es die meisten, die die Frage mit „weiß nicht“ beantworteten und daher aus der folgenden Abbildung ausgeschlossen sind.

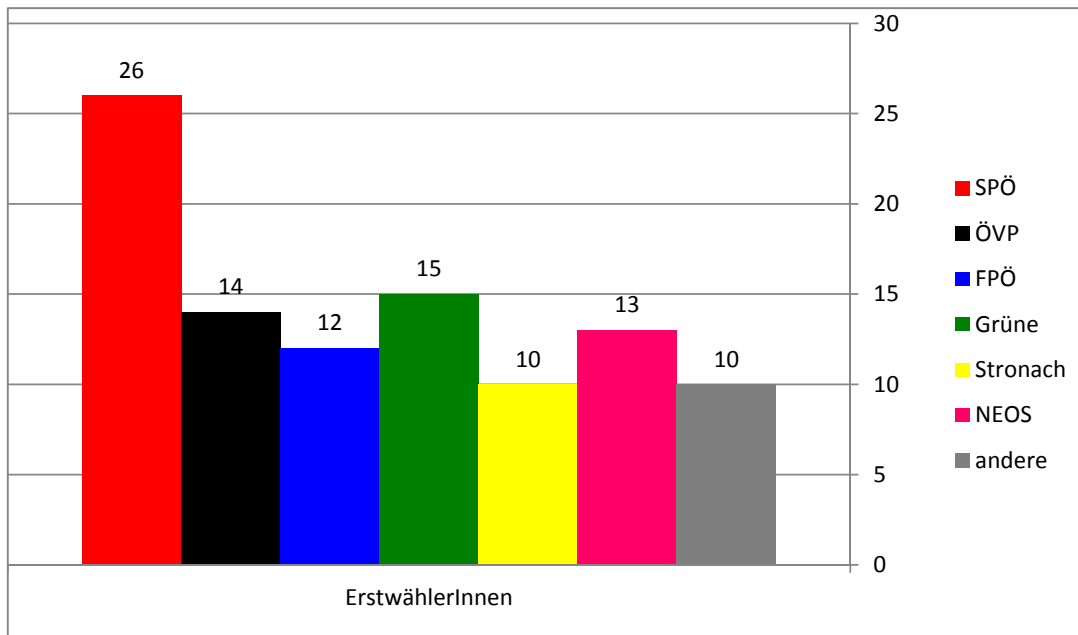
Abbildung 10: Wahrscheinlichkeit, jemals eine spezifische Partei zu wählen (vor der Wahl)



Anmerkungen: ErstwählerInnen der Vorwählerhebung, SPÖ:  $n=354$ , ÖVP  $n=346$ , FPÖ  $n=359$ , BZÖ  $n=315$ , Grüne  $n=355$ , Team Stronach  $n=287$

Die Wahlentscheidung am Wahltag fiel dann etwas anders aus. Das Problem dabei ist, dass aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung die absolute Zahl nur noch 75 Personen beträgt und damit die Aussagekraft enorm eingeschränkt ist.

**Abbildung 10: Wahlentscheidung, in Prozent der gültig deklarierten Stimmen (eingeschränkte Aussagekraft!)**



*Anmerkung: Daten gewichtet, in Prozent gerundet, Wahlergebnis, n=75 der Nachwählerhebung*

Rund ein Viertel der deklarierten ErstwählerInnen (Achtung, n=75!) gaben an die SPÖ gewählt zu haben. Alle anderen Parteien liegen zwischen 10 und 15 Prozent der Stimmen, eine Reihung ist hier nicht mehr möglich.

Vor allem der Wert der Grünen in der Wahlfrage weicht doch vom Bild ab, welches man aufgrund der Wahrscheinlichkeiten vor der Wahl erhalten hatte. Im Zweifelsfall ist aufgrund der Fallzahl den Vorwahl-Ergebnissen eher Glauben zu schenken.

## 9. Zusammenfassung

Was kann also in diesem ersten Bericht über ErstwählerInnen in Österreich festgehalten werden? Nimmt man Interesse, Wissen und Wahlteilnahme als Indikatoren dafür, ob die Wahlaltersenkung ein Erfolg war, muss gesagt werden, dass die zweite Nationalratswahl nach der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre nicht mehr nur euphorische Ergebnisse liefert.

Im Sinne der BefürworterInnen der Wahlaltersenkung ist nach wie vor gegeben, dass es wenig Unterschiede zwischen 16- und 17-jährigen im Vergleich zu 18- bis 20-jährigen gibt. Die jüngsten stehen also zumindest nicht schlechter da, was Interesse, Wissen und Wahlteilnahme betrifft als ältere ErstwählerInnen. Das Interesse der jüngsten ist auch rund um die Wahlen am stärksten gestiegen, stärker als bei älteren ErstwählerInnen. Wasser auf den Mühlen der GegnerInnen der Wahlaltersenkung muss sein, dass die berichtete Wahlteilnahme aller ErstwählerInnen, deutlich unter jener aller Wahlberechtigten liegt.

Nachdenklich machen können soziale Unterschiede, die sowohl in den Indikatoren der Vorbereitung als auch in der Wahlteilnahme gefunden werden konnten: Vor allem der Unterschied zwischen Lehrlingen und SchülerInnen zieht sich als roter Faden durch sehr viele Ergebnisse. Egal, ob man dies als Unterschiede nach Bildung, sozialer Schicht oder einem anderen Klassifizierungsmerkmal bezeichnen möchte, Tatsache ist, dass sich hier bereits in einem sehr jungen Alter eine große Kluft in der Gesellschaft auftut. Jugendzentren sind von den hier erfassten Möglichkeiten als eine der Ausnahmen zu nennen, die gerade auch die sonst weniger gut institutionell erreichbaren Lehrlinge ansprechen.

Das ist im Besonderen relevant, da die Muster der Wahlteilnahme von ErstwählerInnen, die hier dargelegt wurden, das Potential haben, auch mittel- oder gar langfristig die Wahlteilnahme zu bestimmen. Wählen ist ein Verhalten, das sich zur Gewohnheit herausbilden kann (Dinas 2012, Plutzer 2002). Wenn dem so ist, wäre es denkbar, dass sich in Österreich mittelfristig hier eine schichtspezifische Wahlbeteiligung auftut.

Nennenswert sind auch die geschlechterspezifischen Unterschiede im politischen Wissen und der Selbstwahrnehmung bei den ErstwählerInnen. Politische Sozialisationsvorhaben sollten diese geschlechterspezifischen Differenzen mitbeachten und mögliche Programme dementsprechend ausrichten.

Auch wenn die Analyse von nur einer Wahl hier keine eindeutigen Ergebnisse liefern kann, darf darüber spekuliert werden, ob in der Nationalratswahl 2013 den 16- und 17-jährigen gleich viel Aufmerksamkeit von Medien, Parteien und Institutionen oder Behörden gewidmet wurde wie noch 2008; und ob in weiterer Folge diese geringere Aufmerksamkeit eine der möglichen Ursachen für die Unterschiede zwischen den Ergebnissen nach 2008 und den hier vorgelegten darstellt. Wie unsere Ergebnisse gezeigt haben ist Information zu Politik eine relevante Größe in der Wahlvorbereitung – und hier vor allem der ErstwählerInnen – sodass das Richten von Aufmerksamkeit auf diese spezifische Gruppe nicht nur kurzfristig sondern vor allem langfristig von Bedeutung ist.

## 10. Referenzen

- AUTNES (2013): AUTNES Vor- und Nachwahlstudie zur österreichischen Nationalratswahl 2013 [Datensatz]. Version 1.0. Dezember 2013 ed, [www.autnes.at](http://www.autnes.at).
- Bergh, Johannes (2013): Does Voting Rights Affect the Political Maturity of 16- and 17-year-olds? Findings from the 2011 Norwegian Voting-Age Trial. *Electoral Studies*, 32, S. 90-100.
- Bhatti, Yosef und Hansen, Kasper M. (2012): Leaving the Nest and the Social Act of Voting: Turnout among First-Time Voters. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, 22, S. 380-406.
- Campbell, Angus, Converse, Philip E., Miller, Warren E. und Stokes, Donald E. (1960): *The American Voter*, New York London Sydney, John Wiley & Sons.
- Chan, Tak Wing und Clayton, Matthew (2006): Should the Voting Age be Lowered to Sixteen? Normative and Empirical Considerations. *Political Studies*, 54, S. 533-558.
- Council of Europe (2011): Resolution 1826: Expansion of democracy by lowering the voting age to 16 [Online]. Parliamentary Assembly. Available: [http://assembly.coe.int/Mainf.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta11/ERES1826.htm#P7\\_28](http://assembly.coe.int/Mainf.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta11/ERES1826.htm#P7_28) [Abfragedatum: 17.09.2013].
- Dinas, Elias (2012): The Formation of Voting Habits. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, 22, S. 431-456.
- Electoral Commission (2004): *Age of electoral majority: Report and recommendations*. London: The Electoral Commission.
- Fieldhouse, Edward, Tranmer, Mark und Russel, Andrew (2007): Something about young people or something about elections? Electoral participation of young people in Europe: Evidence from a multilevel analysis of the European Social Survey. *European Journal of Political Research*, 46, S. 797-822.
- Franklin, Mark N. (2004): *Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945*, Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Cambridge University Press.
- Hart, Daniel und Atkins, Robert (2011): American Sixteen- and Seventeen-Year-Olds Are Ready to Vote. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 633, S. 201-222.
- Kaid, Linda Lee, McKinney, Mitchell S. und Tedesco, John C. (2007): Political Information Efficacy and Young Voters. *American Behavioral Scientist*, 50, S. 1093-1111.
- Konzelmann, Laura, Wagner, Corina und Rattinger, Hans (2012): Turnout in Germany in the course of time: Life cycle and cohort effects on electoral turnout from 1953 to 2049. *Electoral Studies*.
- Kritzinger, Sylvia, Zeglovits, Eva, Aichholzer, Julian, Glantschnigg, Christian, Glinitzer, Konstantin, Johann, David, Thomas, Kathrin und Wagner, Markus (2013): *AUTNES Vor- und Nachwahlstudie zur österreichischen Nationalratswahl 2013 - Dokumentation*. Wien: Universität Wien.
- McIntosh, Hugh und Youniss, James (2010): *Toward a Political Theory of Political Socialization of Youth*, In: Lonnie R. Sherrod, Judith Torney-Purta und Constance A. Flanagan (Hrsg.): *Handbook of Research on Civic Engagement in Youth*. Hoboken (NJ): Wiley.
- Niemi, Richard G., Craig, Steven C. und Mattei, Franco (1991): Measuring internal political efficacy in the 1988 National Election Study. *American Political Science Review*, 85, S. 1407-1413.
- Parlamentsdirektion (Hrsg.) (2007): *Die politische Partizipation Jugendlicher und die Demokratiewerkstatt des Parlaments*, Wien: Parlamentsdirektion.

- Parlamentsdirektion (2009): Parlament für Kinder - Die Demokratiewerkstatt im Palais Epstein [Online]. Available: <http://www.parlament.gv.at/AK/INFOTHEK/DW/show.psp> [Abfragedatum: July 26th 2009].
- Perlot, Flooh und Zandonella, Martina (2009): Wählen mit 16 - Jugendliche und Politik in Österreich. SWS-Rundschau, 49, S. 420–445.
- Plutzer, Eric (2002): Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood. *American Political Science Review*, 96, S. 41-56.
- Quintelier, Ellen und Hooghe, Marc (2012): Political Attitudes and Political Participation: A Panel Study on Socialization and Self-Selection Effects among Late Adolescents. *International Political Science Review*, 33, S. 63-81.
- Schwarzer, Steve und Zeglovits, Eva (2013): The role of schools in preparing 16- and 17-year-old Austrian first-time voters for the election, In: Simone Abendschön (Hrsg.): *Growing into Politics. Contexts and Timing of Political Socialisation*. Colchester: ECPR Press.
- SORA, ISA und Kozeluh, Ulrike (2009): "Wählen mit 16" Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008. Befragung-Fokusgruppen-Tiefeninterviews. Wien: SORA - ISA.
- SORA, ÖIJ und WZW (2005): Wählen heißt erwachsen werden! Analyse des Wahlverhaltes 16- bis 18-jähriger Jugendlicher bei den Wiener Landtagswahlen 2005 [Online]. Wien: SORA - ÖIJ - WZW. Available: [http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2005\\_nachwahlanalyse-wien\\_gesamtbericht.pdf](http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2005_nachwahlanalyse-wien_gesamtbericht.pdf) [Abfragedatum: 15.01. 2012].
- Torney-Purta, Judith, Barber, Carolyn, Wilkenfeld, Britt und Homana, Gary (2008): Profiles of Civic Life Skills Among Adolescents: Indicators for Researchers, Policymakers, and the Public. *Child Indicators Research*, 1, S. 86-106.
- Wagner, Markus, Johann, David und Kritzinger, Sylvia (2012): Voting at 16: Turnout and the Quality of Vote Choice. *Electoral Studies*, 31, S. 372-383.
- Wattenberg, Martin P. (2008): *Is Voting for Young People? With a Postscript on Citizen Engagement*, New York et al, Pearson Longman.
- Zeglovits, Eva und Aichholzer, Julian (im Erscheinen): Are people more inclined to vote at 16 than at 18? Evidence for the first-time voting boost among 16- to 25-year-olds in Austria. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*.
- Zeglovits, Eva und Zandonella, Martina (2013): Political interest of adolescents before and after lowering the voting age: the case of Austria. *Journal of Youth Studies*, 16, S. 1084-1104.